



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Kriegslärm in Frankreich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Der Kriegslärm in Frankreich.

In die emsige Thätigkeit der sonnigen Erstwoche klang mistönend der Allarmruf aus Frankreich. Mitten im tiefsten Frieden ist uns ahnungslos Deutschen durch öffentliche Erklärung der französischen Minister die unangenehme Mittheilung gemacht worden, daß wir Krieg mit Frankreich zu erwarten haben, wenn wir nicht ein Etwas verhindern, was wir weder zu bewirken noch zu verhindern die Macht haben. Wenn die Vertreter des spanischen Volkes den Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen zum Könige von Spanien wählen und die Bürgerwache von Sigmaringen dem Erwählten nicht in die Speichen seines Reisewagens fällt, dann giebt es Krieg mit Frankreich. So lautete die Ankündigung des Herzogs von Gramont mit den Erläuterungen des Ministers Ollivier. Wir haben in dem letzten Menschenalter zuweilen Veranlassung gehabt, gegen die Ansprüche unserer Nachbarn jenseit des Rheins Nachsicht zu üben. Aber wenn wir diesmal dem schnell aufwallenden Blut unserer werthen Verwandten dort im Westen, den Schwächen ihres politischen Charakters und der heißen Jahreszeit noch so viel Rücksicht tragen, — diese überraschende Behendigkeit im Auf-sagen aller Freundschaft ist doch selbst für deutsche Geduld eine harte Zumuthung. Sonst galt unter civilisirten Nationen die Erklärung, daß man genöthigt sei, die Entscheidung durch Waffen zu suchen, für die letzte und entscheidende Maßregel, nachdem alle Mittel, auf friedlichem Wege zum Einvernehmen zu kommen, als fruchtlos erwiesen waren. Und die Kriegsdrohung selbst galt für ein verhängnißvolles und furchtbares Wort, das man sogar dann ungerne aussprach, wenn man zum Aeußersten entschlossen war, weil man wußte, daß die ausgesprochene Drohung jedes weitere Verhandeln stört, das Ehrgefühl beider Theile feindlich herausfordert und selbst einer schweren That durchaus gleichkommt. Sonst, wenn man die Pflicht hatte, die Geschicke eines Staates zu besorgen, bedachte man, daß der Krieg nur letztes Mittel in Lebensfragen des Staates sein darf. Jetzt ist die Diplomatie in Frankreich soweit gekommen, daß ihr bei der ersten Aufwendung von Kraft diese äußerste Erklärung nöthig erscheint. Uns dünkt das kein Zeichen von Kraft.

Aber die brüske Herausforderung des deutschen Ehrgefühls ist auch ein politischer Fehler, der kaum ärger gedacht werden kann, falls man wirklich, nur die Beseitigung eines spanischen Throncandidaten will. Denn dieser Kriegsruf zwingt nicht nur das französische Ministerium zu Konsequenzen

Grenzboten III. 1870.

deren letzte uns Allen unübersehbar ist, und er bornirt nicht nur die Stimmung im französischen Volke, sondern er erschwert eine gute Lösung im Interesse Frankreichs auch vor Deutschen und Spaniern. Mit gutem Grunde protestirten von der Linken Crémieux und Arago gegen das ministerielle Bulletin, und es war eine trostlose Wahrheit in den Worten, welche sie der Kriegsdrohung des Ministers entgegenwarfen: „Sie haben dadurch den Spaniern einen König und Frankreich den Krieg gegeben.“ Solche Kriegsblicke im Geschmaek Ludwig XIV. und Napoleon I. mahnen uns vor Allem, daß wir in Frankreich mit Leuten zu thun haben, mit denen ruhige Ausgleichung und der herkömmliche diplomatische Verkehr kaum mehr möglich ist. Und in dieser Stimmung verlieren wir die Füglichkeit, aus freundlicher Rücksicht auf die krankhaft erregte Empfindlichkeit Frankreichs das Wenige zu thun, was wir allenfalls thun könnten, um guten Nachbarn gefällig zu sein.

Erschien den Franzosen unleidlich, daß der Prinz von Hohenzollern König von Spanien werde, so gab es einen wohlbekannten, seit Jahrhunderten gangbaren Weg. Wozu ist die Diplomatie in der Welt? Wozu hat Frankreich seinen Gesandten in Berlin mit Botschafterrang versehen? Etwa damit Paris durch reichere Goldstickerei vertreten sei und damit die Gemahlin des Vertreters bei Hoffesten auf ihrem Tabouret nahe an der Königin von Preußen sitze? Wollte man in dieser Familienangelegenheit nicht mit dem Grafen Bismarck verhandeln, so hatte Herr von Benedetti ja als Botschafter das Recht, dem König von Preußen selbst das Bedürfniß Frankreichs vorzutragen. Und geräuschlos, in den artigen und freundschaftlichen Formen des persönlichen Verkehrs konnte dann erreicht werden, was der König irgend zu thun vermag. Statt dessen schreit man eine Drohung auf die Straße hinaus, die von vorn herein gerade das vermindert, was den französischen Wünschen allein bei uns hätte dienen können, die theilnehmende Sorge um die schwierige Lage des Kaisers Napoleon. Es ist plump, von Krieg zu sprechen, wenn man ihn herbeiführen will, aber es ist ein schlechter Theatercoup, der die ganze Rolle verdirbt, wenn man droht, um, wie man versichert, Krieg zu vermeiden.

Wahrscheinlich hat den Prinzen Leopold dieser aufloernde Eifer in Frankreich gerade so überrascht wie uns Alle. Ihm und seiner Familie war der Antrag, die Chateaux d'Espagne in Besitz zu nehmen, nicht grade lockend. Als der Antrag zuerst kam, wurde er dem Könige von Preußen mitgetheilt, der König und der Kronprinz, beide riethen entschieden ab. Daß Deutschland durch eine Annahme der sehr bedenklichen und hoffnungsarmen Krone irgendwie engagirt werden würde, daran dachte Niemand, von irgend welcher Unterstützung der Throncandidatur durch Preußen war gar nicht die Rede. Die Bedenken wurden, wie man vernimmt, nur durch die Rücksichten auf das Glück und fürstliche Selbstgefühl des Prinzen eingegeben. Doch die

Prinzen des Hauses Sigmaringen stehen unabhängig seitwärts des königlichen Hauses, ihr Einkommen wird ihnen nicht von der königlichen Chatouille gewährt, ihr Chef ist der Fürst Karl Anton von Hohenzollern, der dieses Recht seiner früheren Souveränität bewahrt. In wichtigen Familienangelegenheiten wird der Rath des Königs eingeholt, aber die Majestät von Preußen entscheidet über Ehe, Umgebung, Reisen, Privatunternehmungen nicht ebenso wie bei den Prinzen des Königshauses. Erbprinz Leopold lehnte ab, er lehnte ein zweites Mal ab, noch vor wenig Wochen, galt die Sache für entschieden. Da kamen die Spanier zum dritten Male und forderten, wie verlautet, zu Sigmaringen den jüngsten Prinzen Friedrich. Darauf entschloß sich Erbprinz Leopold doch noch zur Annahme. Sowohl die spanischen Agenten Prim's als er selbst hatten einigen Grund zu der Voraussetzung, daß die Annahme auch dem Kaiser Napoleon willkommener sein werde, als manche andere. Der Prinz gilt in der kaiserlichen Familie für einen Verwandten nicht darum, weil die Mutter seines Vaters eine Murat war, wohl aber als Enkel von Stephanie Beauharnais, Großherzogin von Baden, kaiserlicher Prinzessin von Frankreich, der Adoptivtochter Napoleons, der Blutsverwandten und Adoptivschwester von der Mutter Napoleon III. Bei aller deutschen Loyalität des fürstlichen Hauses Hohenzollern sind die verwandtschaftlichen Beziehungen desselben zum Hause Napoleon III. auch von Paris aus stets gepflegt worden. Als Prinz Leopold vor Kurzem seine junge Gemahlin, eine Prinzessin von Portugal, an den kaiserlichen Hof von Paris brachte, wurden beide nicht nur vom Kaiser, auch von der Kaiserin mit einer so ungewöhnlichen Herzlichkeit aufgenommen und festgehalten, daß die Diplomatie davon zu berichten hatte. Nach der Meinung der Spanier eröffnete der Erwählte die Aussicht, daß ein besonders gutes Einvernehmen der regierenden Familien vom Tago bis über den Rhein dem Reiche zum Nutzen sein werde. Und soweit über Befezung eines uns Deutschen nicht nahe liegenden Thrones ein Urtheil erlaubt ist, die Wahl traf, an sich betrachtet, wahrscheinlich das Richtige. Ein katholischer Hohenzoller, ganz fremd den spanischen Parteien und Intriguen, gegen Niemanden verpflichtet, ein Herr von unbescholtenem Charakter, dem König von Portugal verschwägert, dem Kaiser von Frankreich blutsverwandt: wenn einer nach Stamm und Familie für die ausgezeichnet schwierigen Verhältnisse Spaniens passend gehalten werden konnte, so war es gerade dieser Prinz. Und der Humor dieser ernstesten Geschichte liegt darin, daß nicht die Franzosen, sondern viel eher wir Grund hätten, von einer so guten Vermittelung zwischen Portugal, Spanien und dem Frankreich Napoleon des III. für Deutschland etwas zu besorgen, wenn wir überhaupt den Fehler hätten, in dem nationalen Gedeihen anderer Völker eine Demüthigung unseres Stolzes zu finden. Jede Seite der modernen Geschichte lehrt, daß die

stärksten dynastischen Interessen schnell nichtig werden gegenüber den Interessen des Staates. Die Bourbonen, welche Ludwig XIV. in Spanien durchgesetzt hatte, führten wenige Jahre nach seinem Tode Krieg gegen Frankreich, Prinz Leopold mag ein recht guter Deutscher sein, als König von Spanien würde er die Interessen des zerrütteten Landes wahrscheinlich in anständigem Anschluß an Frankreich zu fördern streben. Und wir hätten unter ihm eine immerhin mögliche Coalition der romanischen Staaten gegen uns eher zu besorgen, als wenn der Herzog von Montpensier König von Spanien würde. Jetzt hat der Name Hohenzollern der öffentlichen Meinung in Frankreich, wie ein rothes Tuch dem welschen Hahn, die Augen geblendet, im letzten Grunde hätten fast die Franzosen Ursache, diesen Fürsten für Spanien zu begehren und sie würden ohne Zweifel mit Eifer für ihn Hände und Federn gerührt haben, wenn ihnen der Gedanke zugänglich gewesen wäre, daß wir in dieser Candidatur ohne Freude eine gewisse Gefahr für das Gleichgewicht Europas erkennen.

Doch dem sei wie ihm wolle, für uns handelt es sich nicht mehr vorzugsweise um die Candidatur des Prinzen Leopold. Diese Ursache eines unerhörten Tumultes scheint ja in der That durch freien Verzicht des Prinzenbeseitigt zu sein. Für Europa, zunächst für Deutschland aber erwächst daraus eine sehr ernste Lehre. Trotz aller Fortschritte der Intelligenz und Freiheit lebt die herrschende Partei in Frankreich, die Umgebung des Kaisers, die Minister, die Mehrzahl der Volksvertreter, der bei weitem größte Theil der Presse, das Volk der Kaffees und Boulevards in Vorstellungen von Ehre und nationaler Größe, welche mit der Civilisation unserer Zeit unvereinbar sind. Zwei Jahrhunderte tyrannischer Fürstenherrschaft haben in den Seelen eines edlen und in vieler Hinsicht lebenswürdigen Volkes eine Corruption der politischen Sittlichkeit zurückgelassen, welche ihnen die Fähigkeit vermindert friedlich, neben ihren Nachbarn zu dauern. Für Ehrensache und für eine Lebensnothwendigkeit Frankreichs gilt es, auf die Nachbarvölker einen beherrschenden Einfluß auszuüben. Spanier, Italiener, Schweizer, Belgier, Niederländer, Deutsche werden immer noch betrachtet als Dependenz von Frankreich. Die Worte, welche französische Correspondenten dem Minister Olivier in den Mund legen, sind die wahre Herzensmeinung einer großen Majorität in Frankreich. Ihre „Geduld“ ist uns gegenüber zu Ende, daß die Preußen bei Sadowa siegten, daß der norddeutsche Bund entstand und Lebenskraft entfaltete, daß den Franzosen nicht glückte, Luxemburg und die Eisenbahnen des Unterrheins zu gewinnen, daß Deutschland für seinen Handel durch das neutrale Gebiet der Schweiz in der Gotthardbahn eine Verbindung mit Italien förderte, das Alles gilt für eine Kränkung der französischen Ehre, für eine Minderung der Majestät d. h. der egoistischen Herrschaft des französischen Volkes. Mit

dieser Empfindung wirthschaften die Franzosen uns, ihren stärksten Grenz-
nachbarn gegenüber in einem beständigen Zustande der Aufregung und Ge-
reiztheit, in derselben Stimmung arbeitet ihre Diplomatie unablässig an den
kleinen Höfen des Südens auf Conservirung aller Schwächen, die in Deutsch-
land noch zurückgeblieben sind und darum erhebt sich unter ihnen bei jeder
Gelegenheit ein ruchloses Geschrei nach Krieg, nach Eroberung am Rhein.

Wir aber wünschen den Krieg mit Frankreich nicht. Allen berechtigten
Interessen der beiden großen Nationen gegenüber ist er ein Unsinn. Wir
wollen sehr gern Friede und Freundschaft mit den Nachbarn trotz ihrer quer-
köpfigen Einfälle und trotz der Unbequemlichkeit, welche ihre abgeschmackten
Ausprüche, ihre ewige Unruhe und Reizbarkeit uns bereitet. Und wir dürfen
ihnen unsere Friedensliebe offen erklären. Denn wir verstehen und würdigen
sie weit besser als sie uns. Sie sind uns in Vielem überlegen, aber wir
haben vor Ihnen etwas voraus, ein ruhiges, sicheres und bescheidenes Ge-
fühl unseres Werthes. Zwingen sie uns dennoch durch unleidliche Anmaßung
zum Kriege, so werden wir — sehr ungerne und mit voller Würdigung ihrer
kriegerischen Tüchtigkeit — unsere ganze Volkskraft gegen die ihre setzen, und
wir werden in diesem Fall uns alle Mühe geben, bis zum Aeußersten, um
den bösen Geist Ludwig XIV. der noch unter ihnen spukt, zum Heil Euro-
pa's gründlich und für immer zu bannen.

Doch wir wollen nicht der Versuchung nachgeben, in ihrer Sprache mit
ihnen zu reden. Wir in Deutschland sind zur Zeit noch mehr in Sorge, als
Born. Denn wir fragen uns, selbst wenn die eine zufällige Veranlassung
der französischen Kriegeswuth beseitigt oder die Aufregung in Paris noch ein-
mal durch die Rückkehr ruhigerer Erwägungen gebändigt wird: wie sollen
wir fortan in Friede und Freundschaft neben den Franzosen leben? Seit
vier Jahren wurden die deutschen Interessen des Bundesstaats durch die
unablässige Sorge um die Empfindlichkeiten in Paris eingeengt. Und doch
haben wir durch diese vier Jahre nichts weiter erreicht, als eine so unge-
heuerliche, aller politischen Sitte Hohn sprechende Verletzung der Verkehrs-
in Friedenszeit. Ist die Gereiztheit dort so groß, daß sie alle Formen der diplo-
matischen Courtoisie bei Seite wirft, so bleibt uns auch für die Zukunft nur
die Aussicht auf einen faulen Frieden und die Hoffnung schwindet, daß die
Franzosen selbst ohne unser Dazuthun mit den Raufbolden unter ihnen fer-
tig werden. — Und diese Sorge wird größer, wenn wir die Männer betrachten,
welche sich so rücksichtslos und feindselig gegen uns stellen. Grade daß sie
nicht treiben, sondern durch die Nothwendigkeit, sich tapfer zu zeigen, getrieben
werden, das ist unbehaglich. Wir haben lange gern geglaubt, daß der Kaiser
und seine gegenwärtigen Minister den Krieg mit uns nicht begehren. Jetzt
müssen wir der Ansicht werden, daß Napoleon III. unter dem Zwange steht,

einen Krieg ernsthaft wollen zu müssen. Ist's ein alter Racheplan, den er jetzt hervorruft? Haben der Besuch des Erzherzogs Albrecht in Warschau und die russischen Georgenkreuze ihm Sorge um eine bevorstehende Coalition der Ostmächte in die Seele geworfen, der er durch einen schnellen Entschluß zuvor kommen will, bevor sie festgesponnen wird? Wir suchen zur Zeit vergebens nach einer Erklärung, aber wir erachten, ganz abgesehen von der spanischen Thronfrage, durch die Haltung der französischen Politik unseren Frieden für stärker bedroht, als je seit dem Jahre 1866.

Die Revision der schweizerischen Bundesverfassung.

Auf der Tractandenliste der ordentlichen Sommersession, zu welcher die schweizerische Bundesversammlung gegenwärtig zusammentritt, steht bekanntlich auch die Revision des eidgenössischen Staatsgrundgesetzes. Nach langen anfangs vergeblichen Bemühungen hatten es die Freunde des Fortschrittes endlich letztes Jahr dahin gebracht, daß von den beiden gesetzgebenden Räten dem Bundesrathe der Auftrag erteilt wurde, für diese Session Bericht und Antrag zu hinterbringen, in welchen Punkten die Bundesverfassung einer Reform zu unterziehen sei. Eine lebhafte und gründlich-grundsätzliche Discussion in der Presse und in öffentlichen und halbamtlichen Parteiversammlungen während des letzten Sommers war jenem endlichen Beschlusse vorhergegangen. Dann war der Streit eine Zeitlang eingeschlafen und hatte den Alpenbahnbestrebungen Platz gemacht, bis im letzten April und Mai die Kunde von den Berathungen der eidgenössischen Executive über die Bundesrevision und die Anfangs Juni erfolgte Publication des aus jenen hervorgegangenen Reformprogrammes die Stimme der Presse von neuem aufrief, das Verdikt der öffentlichen Meinung über dieses letztere abzugeben.

Zwei Hauptrichtungen, welche sich die Namen der liberalen und der demokratischen Partei beigelegt haben, sind es, welche in diesem Meinungskampfe vorzüglich Berücksichtigung verdienen; denn von der dritten, der conservativen Partei, ist nicht viel mehr zu sagen, als daß sie eben alles beim Alten lassen möchte*), und daß sie sowohl durch Mangel an Sinn für wahrhaft öffentliches Leben als durch ihre geringe numerische und geistige Bedeutung fast ganz in den Hintergrund tritt. Jene beiden erstgenannten Parteien haben das mit einander gemein, daß beide den Fortschritt, beide die Hin-

*) Doch nicht so ganz alles, denn wir lesen in der ultramontanen „Walliser Zeitung“, daß man dort von der Bundesverfassungsrevision ganz besonders die Aufhebung des Art. 58 erwarte, welcher lautet: „Der Orden der Jesuiten und die ihm affiliirten Gesellschaften dürfen in keinem Theile der Schweiz Aufnahme finden.“